

EU-OSTERWEITERUNG

Vom Vorhof zum Hinterhof



Was bringt die EU? Auch in Polen hoffen viele auf ein besseres Einkommen.

(Foto: EU-Kommission)

Wohin steuert die Europäische Union? Was bringt die Ost-Erweiterung für die neuen Mitglieder? Und welche Rolle spielen einige GlobalisierungskritikerInnen?

"Rückkehr nach Europa" - so wird der Beitritt zur EU in den osteuropäischen Ländern gerne bezeichnet. Nach den Jahrzehnten sowjetischer Vorherrschaft werden dadurch vor allem stabile politische und ökonomische Verhältnisse, eine internationale Aufwertung und eine Steigerung des persönlichen Wohlstands erwartet. Man will von der "Zweiten" in die "Erste" Welt aufsteigen.

Mit der Aufnahme von acht osteuropäischen Staaten sowie der für das Jahr 2007 geplanten Aufnahme von Bulgarien und Rumänien gehören alle europäischen Satellitenstaaten der ehemalige UdSSR und sogar drei frühere Sowjetrepubliken zur EU. Damit gibt es in Europa keine antagonistischen Bündnisysteme mehr: Es gibt nur noch den "Westen" in Gestalt der EU und der Nato. Die Nachkriegsordnung ist endgültig liquidiert.

Zentrum und Peripherie

Dass den neuen osteuropäischen Mitgliedern ein ähnlicher wirtschaftlicher Erfolg wie den südeuropäischen beschieden sein wird, ist kaum anzunehmen. Die wirtschaftliche Leistungskraft der neuen osteuropäischen Mitglieder hat zum bisherigen EU-Durchschnitt einen erheblich größeren Abstand als es vor 20 Jahren bei den südeuropäischen Ländern der Fall war. Die zehn neuen Mitglieder bringen zwar 75 Millionen neue Bürger in die Union, sodass sich deren Bevölkerungszahl um rund 20 Prozent erhöht. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beträgt aber nur vier Prozent. Anders ausgedrückt, macht

das gesamte BIP der zehn neuen Mitglieder nur etwa zwei Drittel des BIP Spaniens aus.

Gleichzeitig wird die EU, deren Mitglieder sich zur Haushaltskonsolidierung verpflichtet haben, für die Integration der neuen Mitglieder erheblich weniger Mittel aufwenden als bei der Süd-Erweiterung. Auch bei den Agrarhilfen, dem mit weitem Abstand größten Ausgabenposten des EU-Haushalts, werden die neuen Mitglieder auf Jahre hinweg schlechter abschneiden als die alten. Selbst die stets optimistische EU-Kommission rechnet mit einer Angleichung der Lebensverhältnisse erst in zwei Jahrzehnten, aber nicht einmal das dürfte realistisch sein. Stärker als jemals zuvor wird sich die EU in wirtschaftlich unterschiedlich entwickelte Regionen differenzieren, wobei Osteuropa die Rolle des auf lange Zeit unterentwickelten Hinterhofes zukommen wird.

Das dürfte auch den Regierungen in Budapest, Tallinn und Warschau klar sein, die sich so sehr um eine EU-Mitgliedschaft bemühten. Ein Hinterhof innerhalb der EU zu werden, erscheint ihnen immer noch besser, als ein Vorhof außerhalb der EU zu bleiben. Angesichts der übertriebenen Erwartungen, die in großen Teilen der Bevölkerung der neuen Mitgliedsländer bestehen, werden Enttäuschungen kaum ausbleiben, was wieder den Nährboden für nationalistische und rassistische Tendenzen bilden dürfte.

Für die alten Mitgliedsländer der EU werden die Auswirkungen der Erweiterung zunächst begrenzt bleiben.

Denn schon die gesamten neunziger Jahre über diente Osteuropa vor allem dem deutschen Kapital als Absatzmarkt für Waren sowie als Gebiet für Direktinvestitionen, bei denen die niedrigen Lohnkosten ausgenutzt wurden. Mit der Ost-Erweiterung werden sich diese Verhältnisse nicht grundlegend ändern, sondern stabilisieren. Die osteuropäischen Ökonomien werden in einer untergeordneten Position in eine vor allem von westlichen Konzernen organisierte Arbeitsteilung eingebunden werden. Allerdings erfährt die alte EU nicht nur eine Erweiterung, sondern seit Jahren auch eine fortschreitende "Vertiefung" ihres ökonomischen und politischen Zusammenhangs. Dieser Vertiefungsprozess, der der internationalen Konkurrenzfähigkeit des europäischen Kapitals dienen soll, wird durch den seit den achtziger Jahren herrschenden Neoliberalismus strukturiert, der allerorten auf Deregulierung und Flexibilisierung setzte.

Von den Beitrittsländern wird nun im Zuge des Erweiterungsprozesses eine viel radikalere Form neoliberaler Deregulierung und Flexibilisierung verlangt, sodass man prognostizieren kann, dass sich die "Fortschritte" der neuen Mitglieder bald auf die alten auswirken werden, deren "verkrustete Strukturen" schon lange der Gegenstand marktradikaler Kritik sind. Ein wichtiges Element dieses Vertiefungsprozesses besteht auch darin, eine Reihe einst nationalstaatlicher Kompetenzen an suprastaatliche Einrichtungen der EU zu übertragen. Dieser Prozess lässt

manche schon einen europäischen Bundesstaat erhoffen oder befürchten. Zwar ist ein solcher Bundesstaat noch auf längere Sicht nicht zu erwarten, dafür sind die Interessensunterschiede der einzelnen Länder noch zu groß.

Doch wird sich die "Staatlichkeit" erheblich verändern. Bereits jetzt bildet sich ein "Kerneuropa" heraus, das immer stärker durch gemeinsame Institutionen wie etwa den Euro und eine gemeinsame Politik verbunden ist, während die übrigen EU-Mitglieder einen mehr oder weniger mit diesem Kern verbundenen Rand darstellen.

Transatlantische Konkurrenz

Die neue EU will nicht nur eine ökonomische Regulation der Kapitalakkumulation bewerkstelligen, sondern auf internationaler Bühne auch größeren politischen Einfluss ausüben. Mit der geplanten schnellen EU-Eingreiftruppe, die nicht mehr der Landesverteidigung, sondern der weltweiten Intervention dient, sowie den auf eine bessere Transport- und Kommunikationskapazität zielenden Beschaffungsprogrammen soll dieser Anspruch militärisch untermauert werden. Politisch und ökonomisch dürfte sich damit die Konkurrenz der EU vor allem zu den USA weiter verschärfen.

Von der Bevölkerungszahl her übertrifft die EU bereits jetzt die USA. Wirtschaftlich und teilweise auch technologisch hinkt die EU allerdings bisweilen noch hinterher. Das Bruttoinlandsprodukt der EU beträgt nur etwa 85 Prozent desjenigen der USA. Die größ-

te Lücke klappt aber auf militärischem Gebiet, und sie ist auch nicht in kurzer Zeit zu schließen. Bisher war die EU auch nicht sonderlich daran interessiert, sparte man so doch Milliarden an Rüstungsausgaben. Will die EU aber zu einem weltpolitischen Machtfaktor werden, dann wird sie auch eine weltweit einsatzfähige Truppe aufbauen müssen.

Außerparlamentarische Reserven

Teile der globalisierungskritischen Bewegung erwarten viel von der sich neu formierenden Europäischen Union. Gegenüber den "neoliberalen" USA verweist man auf die sozialstaatlichen Traditionen Europas, gegenüber einem aggressiven US-amerikanischen Imperialismus plädiert man für eine auf Ausgleich bedachte europäische Friedenspolitik. Diesem allzu positiven Bild der EU lässt sich entgegenhalten, dass auch die EU kapitalistisch organisiert ist. So liegt der Zweck des Sozialstaates nicht darin, das angenehme Leben zu ermöglichen. Er ist keine Sicherung der Menschen, sondern der Arbeitskraft, die dem Kapital auch nach einer Krankheit oder der Arbeitslosigkeit wieder in alter Frische zur Verfügung stehen soll. Umstritten ist die Frage, wie viel Sozialstaat nötig ist und was die Sicherung der Arbeitskraft kosten darf. In diesen immer wieder aufbrechenden Konflikten dürften spezifisch europäische Traditionen aber keine allzu große Rolle spielen.

Ähnlich problematisch verhält es sich mit der besonderen Friedensliebe, die den europäischen Staaten in Abgrenzung zum US-amerikanischen Imperialismus attestiert wird. Denn wo für die EU militärische Lösungen möglich sind, machte sie in der Vergangenheit durchaus davon Gebrauch, was nicht zuletzt der Kosovokrieg zeigte. Nur ist die EU nicht in der hegemonialen Position wie die USA. Die Idee, EU-Interessen notfalls mit militärischer Gewalt durchzusetzen, ist in vielen Fällen schlicht unrealistisch, weswegen gerne über friedliche Lösungen debattiert wird. Ändern sich die Voraussetzungen, wird auch von der Friedensliebe nicht mehr viel übrig bleiben.

Die neue EU-Staatlichkeit und ihre weltpolitischen Ambitionen bedürfen allerdings der Legitimation gegenüber der eigenen Bevölkerung. Und dabei kann eine Protestbewegung, die von der EU vor allem Gutes erwartet, durchaus hilfreich sein.

Michael Heinrich

Michael Heinrich ist Dozent für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.